

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa,
Bernstr. Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postkontor: Dresden 1530
Grosche Riesa Nr. 52.

Nr. 57.

Montag, 9. März 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 8. Nummer des Tagesblattes (6 Seiten, 25 Gold-Pfennige, die 20 am breiten Heftungsblatt 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kuffschlag, feste Tarife, jeweilige Mahnt nicht, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeiträge, Erzähler von „er Elbe“ - Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten - hat der Bezahler einen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Aufwertungsfragen im Reichstag.

(Fortsetzung des Sonnabend-Beitrags.)

v. Berlin, 7. März.

Reichsfinanzminister Dr. Frenken

Die Erklärung ab, dass die Reichsregierung außerordentlich behauere, dass sie ihre Aufgabe, das Aufwertungsproblem innerhalb drei Wochen vorzutragen, nicht lösen können. Die Aufstellung des Entwurfs sei aber mit allem Nachdruck gefördert worden und inzwischen im wesentlichen abgeschlossen. Bei der unermesslich großen wirtschaftlichen und rechtspolitischen Bedeutung habe sich die Regierung aber für verpflichtet, den Gesetzentwurf erst vorzutragen, nachdem sie die Gewissheit habe, dass er in seinen Grundzügen eine Mehrheit im Reichstage hinter sich habe. Diese Gewissheit konnte bisher nicht in dem nötigen Umfang gewonnen werden. Die Verhandlungen nach dieser Richtung würden unausgesetzt fortgesetzt, sobald damit zu rechnen sei, dass die Vorlegung nunmehr halbwegs erfolglos wäre. Zu dem sozialdemokratischen Antrag könne die Regierung nur pflichtgemäß erklären, dass die Aufhebung der dritten Steuernotverordnung zu einem Chaos auf dem Gebiet der Reichsfinanz und der Wirtschaft führen würde, für das sie die Verantwortung nicht übernehmen könne.

Abg. Derg (Dnt.) erkennt es als durchaus notwendig an, dass die Aufwertungsfrage weiterbetrieben werden müsse. Die Ausführungen des Finanzministers hätten nicht vollkommen befriedigt. Wenn nämlich Verhandlungen stattfinden, aber sie würden rascher vorwärtstreiben, wenn sie im Sinne der deutschnationalen Vorschläge abgeschlossen werden würden. Die Deutschnationalen hätten früher den Standpunkt vertreten, dass die Aufwertungsfrage durch Anträge aus dem Hause gelöst werden könne. Im Ausschuss wurde dabei eifrig gearbeitet. Zunächst waren die Sozialdemokraten scharf Gegner der Aufwertung. (Hört! hört! rechts.) Sie haben sich erst im Laufe der Zeit zu aeradem launischen Aufwertungsstreben entwickelt, nachdem sie sich vielleicht überlegt haben, dass dabei etwas für die Sozialdemokraten herauskommen könne. (Erneutes Hört! hört! rechts.) Nachdem die grundsätzliche Einigung im Ausschuss erfolgt war, musste die Arbeit der Parlamentarier einziehen und die Tätigkeit der Regierung beginnen. Der Redner richtet dann an die Regierung die Mahnung, alles zu vermeiden, was im Lande falsch angefasst werden könne. Die Regierung habe zweifellos den besten Willen und habe sich redlich bemüht, aber sie habe Mängel über ihre Stellung nicht verhindern können. Es bestehe der Eindruck im Lande, als ob im Kabinett eine zu starke reformmäßige Auffassung bestesse. Das deutsche Volk habe Anspruch darauf, dass nicht der Eindruck entstehe, als ob nur ein Teil des Volkes bei der Aufwertung berücksichtigt werden solle. — Der Redner bittet, die Aufwertungsfrage nun rasch zu fördern. Wer gern und schnell gebe, der gebe doppelt. (Beifall rechts.)

Abg. Scheiter (Str.) tritt ebenfalls für beschleunigte Verabschiedung der Aufwertungsfrage ein. Das bisherige Reichsrecht leide an Fehlern, die in ihrer verhängnisvollen Wirkung in der letzten Aufwertungsperiode zum drastischen Ausdruck kommen. Die Aufhebung der dritten Steuernotverordnung würde größte Verwirrung bringen.

Abg. Dr. Wunderlich (D. Vp.) gibt für seine Fraktion eine Erklärung ab, in der bedauert wird, dass die Regierung die Frist nicht einhalten konnte und in der unverzügliche Vorlegung des AufwertungsGesetzentwurfes gefordert wird. Der Aufwertungsentscheid müsse sonst von sich aus die Initiative zur Lösung ergreifen. Eine Aufhebung der dritten Steuernotverordnung würde das Chaos bringen und liege auch nicht im Interesse der Sparer und Rentner. Der sozialdemokratische Antrag, der ja der Räumung einer anderen Fraktion entnommen sei, sei aus sehr durchsichtigen Gründen gestellt und könne nur als Scherz aufgefasst werden. Die Aufwertungsfrage könne nur sachlich gelöst werden und dürfe in den Wahlkampf um den Reichspräsidenten unter keinen Umständen gerückt werden. Die Deutsche Volkspartei werde an ihren Aufwertungsforderungen festhalten.

Abg. Göllein (Komm.) wirt den Parteien vor, dass sie aus der Aufwertungsfrage lediglich demagogisches Kapital für den Wahlkampf schlagen wollten. Zwischen den Deutschnationalen und den Sozialdemokraten bestehe gar kein Unterschied mehr.

Abg. Dr. Driffen (Wirtsch. Vereinlag.) vermisst von der Regierung eine präzise Angabe über die Einbringung des AufwertungsGesetzes. Vor dem Finanzausschuss müsse die Aufwertungsfrage gelöst werden.

Abg. Dr. Gumminger (Bayr. Volksp.) stimmt dem demokratischen Antrag zu. Hunderttausende und Millionen Rentner und Sparer seien in der Aufwertungsfrage aufs schwerste enttäuscht worden. Der Redner tritt für die individuelle Lösung der Aufwertungsfrage ein.

Abg. Dr. West (Dnt.) weist darauf hin, dass es jederdeutschlang deutsches Recht gewesen sei, niemals nach dem jeweiligen Geldwert, sondern immer nach dem Sachwert zu bemessen. Die Steuernotverordnung habe eine ungewollte Entwertung des Geldwertes herbeigeführt. Der Redner geht dann näher auf seinen, dem Reichstag vorliegenden Entwurf ein. Die Einwendungen der Großkapitalisten und der Wirtschaftsverbände gegen die prozentuale Aufwertung seien nicht stichhaltig. Der Wert der Goldbilanzen sei recht zweifelhaft. Die für Amerika bestimmten Anleiheprojekte der Großindustrie zeigten wesentliche Abweichungen von den Goldbilanzen. Die U.S.A. geben in einem solchen Prospekt ihren Maschinenbesitz mit 200 Millionen an, während in der Goldbilanz dafür nur 14 1/2 Millionen stehen. Die dritte Steuernotverordnung müsse im Interesse der Gerechtigkeit fallen.

Abg. Seiffert (Nat.-Soz.) begrüßt den sozialdemokratischen Vorschlag und erklärt, er hätte sonst den gleichen Antrag eingebracht, da man die großen Parteiführer endlich einmal zwingen müsse, Farbe zu bekennen.

Abg. Dr. Derg (Zoi.) erklärt, es sei symbolisch, dass die erste feierliche Erklärung der Reichsregierung in der Aufwertungsfrage in so wenigen Wochen zerrissen und unter die Füße getreten sei. Die Regierung habe aufkeimend Widerstände gefunden, dass sie nicht weiter vorwärts könne. Es sei richtig, dass ein lebendes Mitglied der Reichsregierung vor einem größeren Forum die Erklärung abzugeben hat, die Aufwertungsfrage wachse sich für Deutschland zu einem politischen Verhängnis aus. Werde der sozialdemokratische Antrag nicht angenommen, so komme die Aufwertungsfrage in vielen Monaten keinen Schritt vorwärts.

Ein Regierungsvertreter kommt dann zurück auf eine Aeußerung des Abg. Seiffert, wonach der Reichsbankpräsident in Vertreten der Großbanken gelangt haben soll, sie brauchten sich wegen der Aufwertung nicht mehr zu beunruhigen, nötigenfalls werde der Reparationskommissar sein Veto einlegen. Der Regierungsvertreter verliest einen Brief des Reichsbankpräsidenten, wonach diese Aeußerung in jeder Hinsicht erfunden sei.

Abg. Freiherr v. Nitschoten (Dem.) nimmt den Reichsbankpräsidenten gegen Angriffe in Schutz und fordert, dass der Aufwertungsentscheid in den nächsten Tagen vorgelegt werde.

Abg. Seiffert (Nat.-Soz.) erklärt, dass ihm die Aeußerung des Reichsbankpräsidenten aus zuverlässiger Quelle bekannt geworden sei. Er beantrage eine Aeußerung der Regierung darüber, was sie gegenüber derartigen Auslassungen eines hohen Beamten zu unternehmen gedauere.

Damit schließt die Aussprache. Der demokratische Antrag auf unverzügliche Vorlegung des AufwertungsGesetzes wird einstimmig angenommen. Der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der dritten Steuernotverordnung dem Ausschuss überwiesen. Der Antrag der Nationalsozialisten über die Aeußerung des Reichsbankpräsidenten wird gegen die Antragsteller abgelehnt.

Das Haus legt nunmehr die zweite Beratung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums

fort, und zwar bei der Einzelberatung der Ausgaben des außerordentlichen Haushalts.

Auf Anfrage wird von der Regierung erklärt, dass der Plan von Kleinbahnen im wesentlichen Sache der Länder sei.

Der Antrag des Ausschusses, für den Kleinbahnbau zehn Millionen Mark einzusetzen, wird darauf angenommen.

Angenommen wird auch ein Antrag aller Parteien, zur Prüfung der Zukunftsaussichten zwischen Reichsregierung, Reichstag und Reichsbahn-Gesellschaft einen achtzehnjährigen Ausschuss einzusetzen.

Der Antrag der Deutschen Volkspartei auf Jahrespreisermäßigungen für Jugendwandererinnen wird dem Verkehrs-ausschuss überwiesen.

Damit ist die zweite Beratung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums erledigt.

Das Haus vertagt sich.

Montag 2 Uhr: Beschlussfassung über den Wahltag für die Wahl des Reichspräsidenten, Stellvertretung des Reichspräsidenten, Uebernahme der Kosten für die Verlegung des Reichspräsidenten, Untersuchungsausschuss für das Wittenberger Explosionsunglück, Auslandskredite für Gemeinden, Volkszählung, vierteljährliche Gehaltszahlung der Beamten, Justizetat.

Schluss 7/8 Uhr.

Der Aeltestenrat des Reichstages beschloß, den 13., 14. und 16. März Sitzungsfrei zu lassen. Obenlo sollen die Plenarsitzungen vom 23. bis 30. März in der Woche vor der Reichspräsidentenwahl ausfallen. Am Montag sollen außer dem Justizetat auf die Tagesordnung gesetzt werden die Vorlagen über den Wahltermin der Reichspräsidentenwahl, über das Präsidentenstellvertretungs-Gesetz, die Kostenübernahme der Verlegung des Reichspräsidenten auf die Reichskasse, die Wiedereröffnung der vierteljährlichen Gehaltszahlungen für Beamte, das Personalabbau-Gesetz und einige kleinere Vorlagen sowie der Antrag der Deutschnationalen auf Einlegung eines Untersuchungsausschusses über die Explosionskatastrophe bei Wittenberg.

Die Reichsregierung gibt Aufklärung. Die deutschen Auegungen in der Sicherheitsfrage.

Von unserem Berliner Vertreter.

Zu den politischen Kreisen war eine lebhafteste Beunruhigung entstanden, weil die Reichsregierung sich über den Inhalt der deutschen Auegungen in der Sicherheitsfrage in strengster Stillschweigen gebildet hatte und auf die Meldungen der ausländischen Presse noch vor wenigen Tagen mit Dementis antwortete, die dann nachträglich durch die Rede des englischen Außenministers Chamberlain vor dem Unterhause widerlegt wurden. Es bestand also kein Zweifel darin, dass die amtlichen Stellen mit Absicht eine öffentliche Erörterung der diplomatischen Schritte verhindern wollten, die im Laufe der letzten drei Wochen bei den Regierungen in London, Paris und Brüssel vorgenommen worden sind. Die wiederholten Vorkerklungen maßgebender politischer

Kreise bei dem Außenminister Dr. Stresemann haben nunmehr die Reichsregierung veranlaßt, Vertretern der Presse gegenüber volle Aufklärung über den Stand der Dinge zu geben. Nachdem offensichtlich die Regierungen in London und Paris die vereinbarte Vertraulichkeit des deutschen Schrittes nicht wahren konnten, glaubt man in den Berliner Kreisen, nunmehr auch deutschseits das Stillschweigen brechen zu können: Die deutsche Regierung hat über die Sicherheitsfrage ein schriftliches Memorandum ausgearbeitet, welches den alliierten Regierungen überreicht worden ist! Dieses Memorandum enthält eine so ausführliche Stellungnahme zu den Problemen der Grenzgarantien im Westen, daß es nicht unverändert ist, wenn der englische Außenminister Chamberlain von deutschen Vorkerklungen gesprochen hat.

Nunmehr ist es nicht mehr zu verbüten, daß auf der Grundlage der deutschen Auegungen die Auseinandersetzungen in der Sicherheitsfrage in aller Öffentlichkeit ausgetragten werden. Die deutsche Regierung ist der Ansicht, daß es vorteilhafter gewesen wäre, wenn man es der Diplomatie überlassen hätte, durch direkte Unterhandlungen erst eine fertige Verhandlungsgrundlage zu schaffen. Dadurch, daß jetzt ganz offen über diese Probleme diskutiert wird, ist eine neue Lage eingetreten, die für Deutschland nicht gerade sehr erfreulich ist. Auf der anderen Seite besteht jedoch kein Grund deutschseits der öffentlichen Erörterungen aus dem Wege zu geben.

Ueber die Vorgeschichte des deutschen diplomatischen Schrittes wird folgendes mitgeteilt: Im Dezember vorigen Jahres, kurz nach dem Sturz der Regierung Marx, kam die Frage der Räumung der nördlichen Rheinlande ins Rollen. Die deutsche Regierung mußte sich darauf einstellen, eine lebhafteste Aktivität der Außenpolitik einzuleiten, um zu einer Vereinigung der kritischen Fragen zu kommen. Aus diesem Grunde wurde damals schon eine Initiative des Reichskabinetts in der Sicherheitsfrage in Erwägung gezogen, denn es stellte sich vor allen Dingen die Notwendigkeit heraus, zu verbüten, daß Wäre wie die Neutralisierung der Rheinlande und die Wälterwundkontrolle bei den alliierten Regierungen feste Gestalt annehmen konnten. Das Reichskabinet Luthar hat daher die Lösung dieser Fragen in die Hand genommen und ist mit den Regierungen in London und Paris in Verhandlungen eingetreten, die aber lediglich unverbindlichen und provisorischen Charakter hatten. Außenminister Dr. Stresemann hatte bei diesen Unterhandlungen, die sich monatelang hinzogen und jetzt zu einem diplomatischen Schritt geführt hatten, die Führung der deutschen Initiative völlig in der Hand. Der Minister äußerte sich gegenüber unserem Mitarbeiter, daß er bereit sei, die volle Verantwortung für das Vorgehen der Reichsregierung auf sich zu nehmen, und daß er keinen Grund habe, aus irgendwelchen innenpolitischen Gründen über die ganze Angelegenheit zu schweigen. Man kann schon jetzt voraussehen, daß nunmehr auch in der deutschen Öffentlichkeit sehr lebhaft Auseinandersetzungen über das Vorgehen der Reichsregierung einziehen werden. Augenblicklich hat es den Anschein, daß die Demokraten und die Sozialdemokraten die Haltung der Reichsregierung durchaus billigen, während in den rechtsgerichteten Kreisen noch immer große Verwirrung darüber herrscht, daß die deutsche Außenpolitik in der Sicherheitsfrage schon jetzt nach irgend einer Richtung hin festgelegt wurde.

Zur Frage der Präsidentschaftswahl

schreibt der „Montag“, die Meldung einiger Blätter, daß der frühere Bizekanzler Dr. Jarres als gemeinsamer Kandidat der Rechtsparteien aufgestellt worden sei, sei insofern verfehlt, als die offizielle Proklamierung des Kandidaten der Rechtsparteien nicht vor Mittwoch erfolgen dürfte. Das Blatt hält es für möglich, daß es noch zu Verhandlungen mit dem Zentrum kommt, die vielleicht zur Nominierung eines gemeinsamen Kandidaten aller bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Demokraten führen könnten. — Bei den Besprechungen der Vorkände der Reichstags- und Landtagsfraktionen des Zentr. habe es sich um Vorbereitungen über die Kandidatenfrage gehandelt. Die Entscheidung über dem Parteiausschuss des Zentrums vorbehalten, der erst am Mittwoch zusammentritt. Das genannte Blatt glaubt, daß auf Grund der getriggen Zentrumsbesprechungen vielleicht einige Delegierte des Zentrums an den nächsten Sitzungen des Arbeitsausschusses der Rechtsparteien teilnehmen werden. Die Gerüchte, nach denen der frühere preussische Ministerpräsident Stegermann als gemeinsamer Kandidat aller bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Demokraten in Frage komme, hält das Blatt für wenig glaubwürdig.

In Köln. Auf dem hier abgehaltenen Rheinischen Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei erklärte Dr. Derg, die Nachricht über eine Einigung der Rechtsparteien hinsichtlich der Nominierung eines Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl eile den Tatsachen voran. Bisher habe sich die Bayerische Volkspartei, auf deren Mitwirkung man großen Wert lege, noch nicht entschieden, so daß eine Entscheidung noch bis Mitte der Woche auf sich warten lassen werde.

Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen †.

Berlin. (Funkdruck.) Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen ist heute früh um 3 Uhr im Weißen Hof in Dresden gestorben. Prinz Friedrich Wilhelm war der jüngste Sohn des Prinzen Albrecht, Regenten von Braunschweig. Er war, ehe er den Staatsdienst verließ, Landrat des Kreises Brantenheim in Schlesien.